Nr. 20 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 22. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 2 8, 13 6 2 8, 13 3 8 7, 17 1 8 8. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 15 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Gebühr [illegible] Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Oberschlesien vor der Abstimmung

Von unserm Kp.-Korrespondenten

Kattowitz, im Januar

In diesen Tagen rücken die ersten Ententebataillone in Oberschlesien ein; aber wenige wohl gibt es in Deutschland, die je versuchten, sich ein Bild zu machen von jenem Südostzipfel des Reiches, der plötzlich im Zeitalter der Weltkohlennot, Schicksal zu werden beginnt für das deutsche Volk. Und heute noch, da die polnischen Brandfackeln jenen Südostzipfel des Reiches umzüngeln, grell die Nationalitätenfrage beleuchtend, da Amerikaner und Franzosen in das durch den Friedensvertrag „herrenlos" gewordene Land einmarschieren, heute noch weiß man nicht viel mehr, als daß es „dort unten" Kohlen gibt, streiklustige Arbeitermassen und — ein paar hundert Polen.

„Dort unten . . ." Den meisten Deutschen aus dem Norden und Westen sind Oppeln und Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz oder gar Zabrze-Hindenburg düstere Häuserhaufen mit rauchenden Schloten, bevölkert mit schwarzen, stumpfen Massen; ist Oberschlesien ein Land ohne Landschaft, ein Gebiet, ewig in Qualm von Gruben und Hütten gehüllt, ein Land ohne Freude, ohne Sonne und blauen Himmel: ein Zipfel des Reiches, tief hineinragend in den trüben Südosten . . . Und der Fremde, der, nach nächtlicher Eisenbahnfahrt, in Kattowitz verschlafen — und immer ein wenig verdrossen, in diesen Winkel verschlagen zu sein! — dem Zug entsteigt, erkannt fünf Bahnsteige findet, wimmelnd von Menschen, der aus dem Bahnhof tritt, vor eine Häuserfront weltstädtischen Gepräges, ist überrascht, in diesem „Winkel" breite Straßen zu sehen, gepflegte Parks mit gutangezogenen Menschen, Schaufenster mit Dingen, wie man sie nur in der „Großstadt" oder in Berlin in der Leipziger und Friedrichstraße zu kaufen gewohnt war, mit Gast- und Kaffeehäusern modernsten Stils und einem Theaterbau, auf den manche deutsche Großstadt mit Recht stolz sein würde. Nein, man hat sich Kattowitz ganz anders vorgestellt! . . .

Und wer von diesen Fremden, zufällig oder in Geschäften, hinauskommt ins Land, etwa nach Rauten oder Pleß, nach Groß-Strehlitz oder in den Tarnowitzer Kreis, der ist verblüfft, ausgedehnte Landschaften zu finden, weite Forsten, kilometerweit fruchtbare Felder und satte Wiesen, Herden weidenden Viehs, schnatternder Gänse und rundlicher Hühner. Denn von oberschlesischen Dörfern weiß man so gut wie nichts „draußen" im Reich, sieht man nur immer einen einzigen mächtigen Wald von Schloten und Fördertürmen, der das Land bedeckt von Oppeln bis Kandrzin, von Beuthen bis Ratibor, von Gleiwitz bis Pleß. Tatsächlich ist das Kohlenrevier, ausgespannt im Dreieck der Städte Tarnowitz—Gleiwitz—Kattowitz, nur ein geringer Teil des oberschlesischen Landes, und auch dieses Gebiet, in dem Bergbau und Industrie um einzelne Punkte sich ballen, ist reich durchsetzt mit weiten Strecken bebauten Landes.

Das ist der schwere Irrtum, der bis nach Schlesien selbst reicht, der, heute noch, vielfach in Breslau die Meinungen beherrscht: daß Oberschlesien identisch sei mit dem Kohlen- und Hüttenbezirk, seine Bevölkerung sich vorwiegend aus Berg- und Industriearbeitern zusammensetze. Aber dieser Bezirk bildet, nach Flächeninhalt und Bevölkerungszahl, nur einen Teil des Abstimmungsgebiets, und wenn in Breslau behauptet wird, der Industriearbeiter seien wir sicher, sie würden unbedingt für Deutschland stimmen, so will das für das Ergebnis der Abstimmung nichts Entscheidendes besagen. Denn die großen Industriezentren, die Städte Oberschlesiens, sind äußerlich und innerlich deutsch wie irgendeine andere Stadt des Reiches, so gibt es in Kattowitz nicht einen polnischsprechenden Stadtverordneten. Gewiß haben die Städte mit ihrem lockenden Arbeitsmarkt, besonders wohl während der Kriegsjahre des Krieges, aus dem Lande polnischsprechende Oberschlesier herangezogen, so daß heute in Oppeln etwa 15,8 v. H., in Gleiwitz 14,7, in Kattowitz 18,4, in Beuthen 32,1, in Königshütte 34 v. H. an polnischsprechenden Einwohnern gezählt wurden; aber diese „Polen", nur ihrer Sprache wegen als solche bezeichnet, werden bei der Abstimmung keine Entscheidung herbeizuführen vermögen, auch wenn sie wirklich, was durchaus unwahrscheinlich ist, für den Anschluß an Polen stimmen.

Anders liegen die Dinge auf dem Lande; hier sind die polnischsprechenden Bewohner vielfach in der Mehrheit. So wurden im Kreise Pleß 86 v. H., in Groß-Strehlitz 79,2, in Rybnik 77,8, im Landkreise Oppeln 75 v. H. als polnischsprechende Oberschlesier festgestellt. Angenommen nun, alle diese polnischsprechenden Oberschlesier würden für den Anschluß an Polen stimmen, dann würden die Städte, die Industriezentren im eigentlichen Hüttenrevier, deutsch bleiben, während das umgebende Land an Polen fiele; denn der Friedensvertrag bestimmt die getrennte Abstimmung für jeden Kreis. Es würde sich also eine Unzahl dichtbevölkerter deutscher Enklaven ergeben, die wieder nach dem Diktat von Versailles, von der Umgegend majorisiert, d. h. von polnischem Land umgeben, mit diesem zu Polen geschlagen würden.

Es sind also keineswegs die Städte mit ihrer Arbeiter- und Beamtenbevölkerung, die bei der Abstimmung den Ausschlag geben: in den Dörfern, auch draußen, auf dem flachen Lande, wird das Schicksal Oberschlesiens entschieden werden. Der Kulturträger auf dem Lande ist der Geistliche: der Pfarrer, der Kaplan, der Kurat. Er ist der Freund, der Berater, gleichzeitig der Vater aller Gedanken jener politisch gleichgültigen Landarbeiter, die jetzt plötzlich zu Schicksalswaltern Oberschlesiens werden sollen. Gewiß, sie sprechen fast alle Deutsch; aber die Sprache ihres Herzens und ihres Denkens ist Polnisch. Ob sie darum Polen sind, so, wie man es drüben, jenseits der Grenze, versteht, darüber haben sie sich nie den Kopf zerbrochen; und auch heute, wenn ein Deutscher sie fragt: „Bist du Pole?" dann antworten sie, stolz fast, in der Sprache des Fragenden erwidern zu können: „Nein, Herr. Nie gewesen. Ich bin hiesig!" Und wie ein Vorwurf lastet die Frage auf ihnen. Aber später, zu Hause, laufen sie doch zum Kuraten und fragen oder flüstern, Stunde lauschend, im Beichtstuhl: „Hochwürden, sind wir Polen, weil wir polnisch reden . . .?" — Und die Antwort ruht in Gottes Hand . . .

Sie wissen noch nicht, ob sie Polen sein werden; bisher glaubten sie, deutsche Staatsbürger zu sein, und waren es! mit ihrem Blut, mit ihren Stimmen. Aber in den letzten Monaten kam immer häufiger, immer aufdringlicher ein Gast von drüben, der, früher ihres armseligen Wasserpolnisch spottend, nun sein Warschauer oder Krakauer Hochpolnisch entdeckte, sich den „Polacken" verständlich zu machen, und der nun entdeckte, daß sie Brüder sind; und der es ihnen einhämmerte, nicht nur mit Worten, oft mit größeren Mitteln der Ueberzeugungskraft: „Wehe, wenn ihr nicht [illegible] Polacken . . .!"

Und dieser Gast, im ganzen Lande umgehend, Zweifel zurücklassend, Angst oft sogar und Schrecken vor den neuen Herren, die den Armen das Polnisch-Sein beibringen werden, dieser Gast ist dazu nicht selten der Freund von Hochwürden. Und wo er's nicht ist, wo der Geistliche mit polnischer Hetze nichts zu tun haben will, da kommt der „Bruder von drüben" als Sendbote der Heiligen Mutter von Czenstochau, die allein befugt und fähig ist, die polnischen Gebete ihrer polnischen Schäflein zu erhören. Und man hat doch so viel schöne Wünsche auf dem Herzen, die nur von einer Berufenen erhört werden können! . . .

Der Weg zu den Herzen der polnischsprechenden Oberschlesier geht über die Schwelle des Geistlichen; das ist ein Weg, und den hat auch Adolf Hoffmann noch nicht endgültig verrammelt. Es gibt noch treue, deutsche Seelenhirten in Oberschlesien; aber ihre Lage wird von Tag zu Tag ernster. „Heutzutage gehört schon etwas dazu, überzeugungstreuer Deutscher zu bleiben und sich als solcher zu betätigen" — so schreibt ein Geistlicher in einem offenen Brief an einen Konfrater —, „wer möchte sich gern die Fenster mit Steinen oder gar Handgranaten einwerfen lassen oder mit Besuchen von bewaffneten Banden Bekanntschaft machen? Aber wenn sich der Geistliche durch Drohbriefe und schwarze Listen einschüchtern läßt, was soll man dann vom oberschlesischen Durchschnittsmenschen verlangen?" — So kommt es, daß ein großer Teil der oberschlesischen Geistlichkeit „neutral" bleibt, um sich nicht den Haß der polnischen Hetzer zuzuziehen, die seinen Einfluß auf die Pfarrkinder ständig zu untergraben sich bemühen.

Es klingt so widersinnig: daß eine politisch ungeschulte Masse, daß die staatsbürgerlich unerfahrenen Bauern und Landarbeiter durch verfassungsrechtliche Geschenke für den Anschluß an Deutschland zu gewinnen seien; daß die Gewährung der Autonomie nationale Gewissenskonflikte zu entscheiden vermöchte! Und doch ist heute „Autonomie" ein mächtiges Schlagwort geworden, dem Zehntausende nachbeten, ohne zu wissen, was dieser Begriff bedeutet; aber dieses Schlagwort ist im Beichtstuhl entstanden und nun Wegweiser geworden; ein kirchlicher Wegweiser, dem unzählige Pfarrkinder blind folgen. „Autonomie", das heißt: Du darfst deine Sprache sprechen, du darfst deine polnischen Predigten hören, und den Dienern Gottes wird es wohlergehen; „Autonomie" ist dein Schutz gegen die Gottlosigkeit des sozialistischen Berlins, ist Schutz und Heil deiner Seele. Und nun beten sie's nach: „Lieber Gott, gib uns die Autonomie . . ."

So ist die zahlenmäßig mächtigste Partei in Oberschlesien das Zentrum, das bei den Nationalwahlen im Januar 321 000 Stimmen auf sich vereinigte; aber dieses Zentrum ist politisch nicht identisch mit der deutschen oder preußischen Zentrumspartei. Die am 30. September erfolgte Zustimmung der Zentrumsfraktion zu der Beschränkung auf die Provinzialautonomie hat in Oberschlesien teilweise Widerspruch gefunden.

Die Mehrheitssozialisten, verkörpert hauptsächlich in den großen Bergarbeiterverbänden, sind von jenen Novembertagen an in einer schwierigen Lage gewesen. Die oberschlesische Arbeiterschaft, von Natur aus arbeitsam und besonnen, in ihrer großen Masse jedoch politisch kaum geschult und erfahren, sah in der Umwälzung in erster Linie eine „Befreiung von kapitalistischer Ausnutzung"; die damals sofort einsetzende, teilweise schon seit Monaten vorbereitete polnische Arbeit tat ein übriges, hohe Löhne und geringe Leistungen als die wahren „Früchte der Revolution" erstrebenswert erscheinen zu lassen, und die Gewerkschaften mußten zuweilen als übertrieben und unberechtigt erkannte Forderungen vertreten, um ihren Anhang und Einfluß nicht zu verlieren; aber schließlich war die Grenze des Höchstmöglichen erreicht: die Gewerkschaftsführer mußten unsinnige, unerfüllbare Forderungen zurückweisen. Da setzte die polnische Agitation mit neuer Kraft ein, schürte die Unzufriedenheit gegen die Gewerkschaften; Spartakus und Unabhängige, in ihrem natürlichen Gegensatz zur Sozialdemokratie, wenn auch unabhängig von den Polen, halfen diese wirtschaftliche Unzufriedenheit auf politisches Gebiet zu verschieben und der polnischen Saat den Boden zu pflügen.

Die Unabhängigen stehen schwankend im Chaos der Parteizerklüftungen. Mehr als eine der Ordnungsparteien haben die Kommunisten bei den stets veränderlichen und unruhigen Verhältnissen zu gewinnen; gescheiterte Streiks, politische Unerfahrenheit, polnische Hetze und kirchliche Unduldsamkeit treiben die leicht beeinflußten Oberschlesier dem Kommunismus in die Arme, der, mit Versprechungen nie geizend, stets neuen Zwist und neue Unzufriedenheiten in die Reihen der Arbeiter zu tragen weiß. Und im Kommunismus, der, schon wegen seiner engen Beziehungen zu Rußland, mehr internationalen Charakter trägt, begegnen sich die nationalen Strömungen und vereinigen sich, vielfach ohne es zu wissen und zu wollen, auf gleichem Wege zu verschiedenen Zielen. Denn auch unter den überzeugten Polen gibt es eine linksradikale Richtung, die dem Bolschewismus näher steht als dem Sozialismus; und diese polnischen Bolschewisten, die von einem Anschluß Oberschlesiens an Polen ein Erstarken ihrer Partei in Kongreß-Polen erwarten, die jedoch politisch und taktisch ganz im Sinne der deutschen Kommunisten wirken, arbeiten, ohne es wohl ganz klar zu erkennen, ihren innerpolitischen Gegnern, den nationalen Polen, bestens in die Hände.

Während die polnischen Sozialisten, am stärksten in ihren linksradikalen Extremen vertreten, zunächst wohl hauptsächlich an die Vereinigung des oberschlesischen mit dem polnischen Kohlenrevier um Dombrowa denken, ist das Ziel der Allpolen die schrankenlose Eingliederung in das polnische Reich. Die Unstimmigkeiten zwischen Posen und Warschau beginnen jedoch auch schon in Oberschlesien ihre Wirkung zu zeigen, und das polnische Lager ist heute längst nicht mehr so einig und einheitlich wie noch vor ein paar Monaten. Die Deutschnationalen, in den Großgrundbesitzern, den Zecheneigentümern, den Industriellen und der deutschen Beamtenschaft stark vertreten, haben sich der Entwicklung der Verhältnisse in Oberschlesien anpassen müssen. Die Demokraten, in Oberschlesiens Industriestädten in der Hauptsache durch die Kaufmannschaft verkörpert, haben es stets als ihre Aufgabe betrachtet, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zu vermitteln und eine leidliche Zusammenarbeit der deutschen Parteien in Oberschlesien zu ermöglichen.

Ein genaueres Bild, als es ein gründlicher Kenner Oberschlesiens zu geben vermöchte, haben die Gemeindewahlen im November gegeben, und dieses Bild war das trostloser Zerklüftung. Das Zentrum wollte keine gemeinsame deutsche Liste, weil es in den Kulturfragen mit den Polen zusammengehen möchte; die Polen, selbst in eine nationale und eine sozialistische Gruppe gespalten, lehnen es ab, ein Kompromiß mit irgendeiner deutschen Partei einzugehen; die Sozialdemokraten drohten, den Gottesdienst zu stören, wenn die Kanzel zu politischer Werbung benutzt werden sollte; die Demokraten wollten mit den Deutschnationalen keine Verbindung: das ist das Parteimosaik Oberschlesiens! Und das vor der Abstimmung, die eine geschlossene deutsche Front dem polnischen Ansturm entgegenstellen müßte! . . .

Die Räumung des Ostens

+ Berlin, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Uebergabe der deutschen Postverwaltung an die Polen in Bromberg ist gestern erfolgt. Der Bahnhof Kiebel ist von polnischen Truppen besetzt worden, obwohl der Bahnhof zum deutschen Gebiet gehört. Verhandlungen zur Beilegung des Zwischenfalls sind im Gange. Der polnische Divisionskommandant hat dem Gouverneur von Thorn sein Bedauern über den Zwischenfall bei Argenau ausgesprochen und hat sich damit entschuldigt, daß die Befehlsübermittlung von Warschau außerordentlich schwierig gewesen wäre. Ein Ersatz für den angerichteten Schaden ist zugesagt.

Die Ansprüche der Polen

⊕ Rotterdam, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Frankreich: Die polnischen Schadenersatzansprüche an Deutschland für Kriegshandlungen Deutschlands auf jetzigem polnischen Gebiet in den Jahren 1914 bis 1917 sind in Höhe von 18¾ Milliarden Mark vom polnischen Kabinett angenommen und nach Paris weitergesandt worden.

Das Verfahren gegen Wilhelm II.

Die Antwort Hollands auf die Note der Alliierten über die Auslieferung des Kaisers liegt noch nicht vor. Aber die holländische Presse läßt keine Zweifel darüber, wie die Antwort der Regierung der Niederlande ausfallen wird. Holland hat sich im internationalen Verkehr immer ganz besonders korrekt gezeigt. Es wird sich also auch hier auf den unzweideutigen Rechtsstandpunkt stellen und die Auslieferung verweigern, da es keine gesetzliche Verpflichtung oder Handhabe dazu hat. So ist es in den holländischen Blättern deutlich zu lesen. Und gleichzeitig veröffentlicht „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, eine Meldung, die es von diplomatischer Seite erfahren haben will, wonach sich die Alliierten mit dem entgegenkommenden Plan tragen, mit Holland ein Abkommen über die Internierung des Kaisers zu treffen. Dazu kommt, daß England das Mandat in der Auslieferungsfrage hat, ebenso wie der Prozeß — wie gemeldet wird, eventuell ohne den Kaiser — in London vor sich gehen wird. Es liegen darüber die folgenden Meldungen vor:

* Haag, 21. Januar. „Daily Chronicle" erfährt von diplomatischer Seite: Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man zur Lösung der Schwierigkeiten und zur Vermeidung gespannter Beziehungen zwischen den Alliierten und Holland ein Abkommen treffen wird, nach welchem der Kaiser interniert wird, und zwar unter Bedingungen, welche den Alliierten die Bürgschaft geben, daß seine Bewegungsfreiheit wesentlich beschränkt wird.

* Hamburg, 21. Januar. Dem „Hamb. Fremdenblatt" wird aus dem Haag gemeldet: Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die holländische Antwortnote auf das Auslieferungsgesuch am Donnerstag in Paris überreicht werden. Sie wird ablehnend lauten.

⊕ Genf, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet: Eine zweite Note der Alliierten an Holland teilt mit, daß das Mandat zur Uebernahme des zur Auslieferung angeforderten früheren Kaisers an England übertragen worden ist. — Der „Temps" meldet aus London: Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II. findet, auch wenn der Kaiser zunächst nicht ausgeliefert werden sollte, in der letzten Februarwoche in London statt. Der Kronanwalt beim Obersten Gerichtshof ist von den Alliierten mit der Formulierung und Durchführung der Anklage gegen den Kaiser beauftragt.

Diese letzte Meldung, daß man sogar ohne den Kaiser die Verhandlungen vor sich gehen lassen will, beleuchtet die ganze Komödie, die man mit diesem Prozeß zu spielen gedenkt. Sehr behaglich dürfte den Staatsmännern der Entente der ganze Fall schon lange nicht mehr sein. Nachdem man jenen unglücklichen Paragraphen, den die unvoreingenommene Welt von vornherein widerrief, aus Rache und zur Demütigung Deutschlands und seines Volkes in den Friedensvertrag hineingeflickt hatte, konnte man nicht anders, als Holland offiziell zur Auslieferung des Kaisers aufzufordern. Daß es sich dabei nur um eine Formalität handeln könne, darüber werden die Ententediplomaten ja selbst Bescheid gewußt haben. Denn bei dem ständigen regen Verkehr mit Amsterdam wird ihnen die Stimmung der holländischen Regierung nicht unbekannt gewesen sein. Der englische Vorschlag eines Abkommens mit Holland, den Kaiser zu internieren und seine Bewegungsfreiheit wesentlich einzuschränken, mag den englischen Staatsmännern als Ausweg aus einer Sackgasse erschienen sein. Auf alle Fälle können sie sich jetzt hinter der holländischen Weigerung verschanzen.

Verhaftung diplomatischer Vertreter

+ Berlin, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Aus Kowno wird gemeldet, daß drei aus der weißruthenischen Mission in Berlin angekommene weißruthenische diplomatische Kuriere verhaftet und auf Befehl des litauischen Außenministers ins Gefängnis geworfen wurden. Ihr Gepäck und die diplomatischen Schriftstücke sollen beschlagnahmt worden sein. Von der Berliner weißruthenischen Mission sind sofort alle Maßnahmen getroffen worden, um den Vorfall aufzuklären.

Zur Wiederaufnahme des Weltpostverkehrs

+ Köln, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die hiesige Oberpostdirektion teilt mit, daß binnen kurzem über die Wiederaufnahme des Weltpostverkehrs verhandelt werden wird.

Wie für die „Rheinische Republik" agitiert wurde

w. Frankfurt a. M., 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Frankfurter Schöffengericht spielte sich gestern ein Prozeß ab, der Streiflichter auf die Propaganda für die Rheinische Republik warf. Angeklagt war der Redakteur der „Volksstimme" Markwald wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers Bouß aus Hofheim im Taunus.

Als die Rheinische Republik verkündet wurde, war die Bevölkerung von Hofheim in einem Demonstrationszug vor das Pfarrhaus gezogen, denn der Pfarrer galt als ein Hauptagitator für die Rheinische Republik, und es war bekannt, daß er mit dem damaligen französischen Verwalter des Kreises Höchst, René Altmaier, wiederholt Zusammenkünfte gehabt hatte. In der „Volksstimme" waren diese Vorgänge kritisiert worden, und der Pfarrer hatte die Beleidigungsklage angestrengt. Aus der Verhandlung ergab sich, daß der Pfarrer wiederholt mit René Altmaier und andern französischen Offizieren Zusammenkünfte hatte und daß französische Offiziere bei ihm beichteten. Er soll später den Ausspruch getan haben: „Die Himmelskönigin hat uns die Rheinische Republik beschert." Sein Kaplan hatte Unterschriften für die Rheinische Republik gesammelt.

Die Zeugen waren sehr zurückhaltend. Der Vorsitzende erklärte, daß sie befürchteten, bei den Franzosen denunziert worden zu sein, denn in Hofheim war erst vor acht Tagen, nachdem die französische Besatzung vor vier Monaten abgezogen war, eine neue Besatzung von 500 Mann eingerückt, und man vermutete allgemein in Hofheim, daß dies auf Betreiben des katholischen Pfarrers geschehen ist. Der Vorsitzende erklärte, daß er es für ausgeschlossen halte, daß die Gegenpartei Deutsche bei den Franzosen denunziere. Der angeklagte Redakteur wurde wegen verbaler Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, es wurde aber als erwiesen angesehen, daß der Pfarrer die Bestrebungen der Rheinischen Republik unterstützt habe und daß er davon gewußt habe, daß sein Kaplan Unterschriften sammelte.

Eine Erklärung Dortens

+ Köln, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Dr. Dorten veröffentlicht in der „Kölnischen Volkszeitung" eine Erklärung, in der er sich gegen den Vorwurf verteidigt, daß er und seine Freunde mit französischem Kapital gearbeitet hätten. Auch die Proklamation vom 1. Juni sei ohne Mitwirkung der Franzosen erfolgt und habe sich nur gegen die [illegible] der Rheinlande durch die Reichsregierung gerichtet. Sein Bestreben sei auf die Schaffung des Rheinstaats innerhalb der deutschen Föderation gerichtet.

Clemenceau zieht sich zurück

* Paris, 21. Januar. Es verlautet, daß Lloyd George den Wunsch geäußert habe, daß Clemenceau Präsident der Friedenskonferenz bleiben soll. Clemenceau hat aber abgelehnt.

Zur Erhöhung der Kohlenpreise

' C.P. Zum 1. Januar wurde von den Bergwerksbesitzern „zur Wiedererlangung der Friedensleistung" eine Preiserhöhung von 11 M. pro Tonne verlangt, und bis Mitte Januar wurde daraus eine Forderung von 18 M. unter Hinweis auf das „Reparaturbedürfnis der Kokereien und Brikettfabriken". Bei 100 Millionen Tonnen jährlicher Kohlenförderung bedeutet diese Erhöhung 1,80 Milliarden Mark mehr zu Lasten der Verbraucher. Das Reichswirtschaftsministerium hat durch Unterstaatssekretär Hirsch grundsätzlich und scharf gegen die letzte Begründung der Preiserhöhung Stellung nehmen lassen. Kaufmännisch richtig und volkswirtschaftlich normal sei es, daß das Kapital zunächst vom Unternehmer bereitzustellen sei und der Verbraucher in den Preisen der Produkte die Abnutzung und Verzinsung der Werkanlagen abtrage. Was indessen jetzt hier verlangt werde, komme auf folgendes hinaus: Der Verbraucher soll jetzt im Kohlenpreise einmal in einem Jahre die ganze notwendige Kapitalinvestierung für den Aufbau und Ausbau der Zechen zahlen. Dadurch erhöhe sich der Besitzwert der Kapitalanlagen bzw. der Bergschaftsanteile; und bei einem Besitzwechsel dieser Anteile werde den Verbrauchern in Gestalt erhöhter Kohlenpreise die Amortisation und Verzinsung der jetzigen neuen Kapitalinvestierung noch einmal zur Last fallen. Hier werde also eine Kapitalerhöhung, zu bezahlen aus der Tasche der Verbraucher, verlangt. „Wollen Sie von dem Verbraucher das notwendige Kapital", so erklärte der Unterstaatssekretär, „so geben Sie dem Verbraucher genau wie jedem anderen, der Ihr Unternehmen finanziert, in irgendeiner Form einen dem Werte zugeschossenen Geldes entsprechenden Anteil an dem Unternehmen bzw. an seiner Kontrollierung."

Diese grundsätzliche Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums wird im deutschen Volke nur gebilligt werden können, es wäre aber noch notwendig, daß sich die Oeffentlichkeit die Mühe nimmt, ihren Standpunkt gegenüber den unerhörten Forderungen der Bergwerksbesitzer ganz energisch zu betonen. Was dem Bergbau recht ist, ist schließlich den andern Industrien billig. Diese befinden sich hinsichtlich der Amortisierung der Werkanlagen mit dem Bergbau in gleicher Lage. Würde sich der Standpunkt der Bergwerksbesitzer durchsetzen, dann würde mit Berechtigung auch die ganze übrige Industrie von der vom Bergbau vorgeschlagenen Art ihren Kapitalbedarf aus der Tasche des Verbrauchers zu decken suchen. Und das ist eine Utopie.

Der Entwurf zum Beamtenbesoldungsgesetz

* München, 21. Januar. Wie verlautet, ist der Reichsentwurf über das neue Beamtenbesoldungsgesetz, das gleichzeitig Richtschnur für die Beamtengehaltsordnung in den einzelnen Ländern sein soll, fertiggestellt. Er sieht 12 Gehaltsklassen vor. Diese sind in drei Hauptgruppen, Ober-, Mittel- und Unterbeamte, eingeteilt. Der Gesamtbezug des Beamten soll sich folgendermaßen zusammensetzen: 1. Grundgehalt, 2. Ortszulage, 3. Teuerungszulage nach dem Grundgehalt, das um das Doppelte der bisherigen Grundbezüge höher angesetzt werden wird, und 4. Kinderzulage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200122/1